

Kontrafignierung einer Valutaanleihe in Deutschland durch die Staatschulden-Kontrollkommission

Wir erhalten das nachstehende Communiqué:

Die Staatschulden-Kontrollkommission des Reichsrates hielt in Anwesenheit des Finanzministers Dr. Ritter v. Leth, welcher heute zum erstenmal in deren Sitzungen erschienen war und freundlichst begrüßt wurde, eine Sitzung ab, in der nach eingehenden Beratungen die Kontrafignierung einer Anleihe beschlossen wurde, die von einem deutschen Konsortium in Aussicht gestellt und zunächst im Betrage von 127,2 Millionen Mark flüssig gemacht wurde.“

Das amtliche Communiqué, das im Vorstehenden über die Kontrafignierung der seitens eines deutschen Konsortiums in Aussicht gestellten und zunächst im Betrage von 127,2 Millionen Mark flüssig gemachten Anleihe veröffentlicht wird, gibt der Öffentlichkeit Nachricht über das erste wichtige Ergebnis der Beratungen, die kürzlich zwischen dem Staatssekretär des Deutschen Reichsschatzamtes Dr. Helfferich einerseits und den beiden Finanzministern Dr. Ritter v. Leth und Dr. v. Teleszky andererseits abgehalten wurden. Uebereinstimmend wurde damals mitgeteilt, daß die Valutafrage im Vordergrund dieser Ministerkonferenzen gestanden sei, und der Abschluß der Markanleihe bildet das sichtbare Resultat dieser im Geiste der Bundesstreue gepflogenen Verhandlungen.

Die amtliche Mitteilung besagt, daß zunächst nur 127,2 Millionen Mark flüssig gemacht worden sind. Daraus geht hervor, daß es sich offenbar um eine in mehreren Raten fällige Anleihe handelt. Die Summe von 127,2 Millionen Mark bildet sonach nur die erste Tangente der nunmehr zum Abschlusse gebrachten Anleihetransaktion. Die Staatschuldenkontrollkommission hatte sich eben in der gestrigen Sitzung nur mit jenen Teilbeträgen zu befassen, die aus dem Anlehen für die Monate Jänner und Februar flüssig gemacht wurden. Auf Grund der wiederholt erwähnten Ministerbesprechung wurden für die Monate Jänner und Februar 200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, die quotenmäßig aufzuteilen waren, so daß auf Oesterreich 127,2 Millionen Mark, auf Ungarn der Rest von 72,8 Millionen Mark entfällt.

Damit hat also die Anleihetransaktion erst begonnen, die für Oesterreich das Postsparkassenamt mit Genehmigung des Finanzministers Dr. Karl Ritter v. Leth mit dem gegenwärtig unter Führung der Deutschen Bank stehenden deutschen Bankenkonsortium abgeschlossen hat.

Im Zusammenhang mit den Wiener Konferenzen des Staatssekretärs Dr. Helfferich ist bereits seit mehreren Tagen ein scharfer Rückbildungsprozeß in der Kursentwicklung namentlich der deutschen Zahlungsmittel zu verzeichnen. Die Flüssigmachung so außerordentlicher Beträge kann in der Tat nicht verfehlen, die Tendenz des Valutenmarktes in der günstigsten Weise zu beeinflussen. Es ist eine umso nachhaltigere Wirkung dieser Valutaanleihe vorauszusehen, als ja mit ihr auch erst die notwendigste Voraussetzung geschaffen wird für jene planmäßige Regulierung des Devisenmarktes, die im Deutschen Reiche bekanntlich schon erfolgreich durchgeführt wurde, und die, wenn auch in anderer Form in der Monarchie beabsichtigt ist. Die zielstrebige in Angriff genommene Aktion berechtigt zumal nach den überraschend günstigen Erfahrungen der letzten Tage, die, wie wir schon berichtet haben, zu einer erfreulichen Revision der Anschauungen über den Umfang des legitimen Bedarfes an ausländischen Zahlungsmitteln geführt haben, zu der zuberächtlichen Erwartung, daß unsere Valuta weiterhin eine andauernd fortschreitende Besserung erfahren wird.

Der gegenwärtigen Anleihe ist bekanntlich im November 1914 eine erste Valutaanleihe von 200 Millionen Mark vorangegangen. Ueber die zweite Valutaanleihe im Monate Juni 1915 war damals mitgeteilt worden, daß zwischen der österreichischen und der ungarischen Finanzverwaltung einerseits und einem Bankenkonsortium in Deutschland andererseits eine Valutaanleihe von 500 Millionen Mark abgeschlossen wurde, wovon auf Oesterreich 305 Millionen, auf Ungarn 195 Millionen Mark entfielen. Von dieser Anleihe war der Betrag von 300 Millionen Mark fix übernommen worden, während auf den Rest von 200 Millionen Mark die Option eingeräumt wurde. Im November 1915 wurde diese Option ausgeübt und es entfielen davon 125 Millionen Mark auf Oesterreich und 75 Millionen Mark auf Ungarn.